

# Stand und Perspektiven der Erforschung christlicher Demokratie<sup>1</sup>

Von Winfried Becker

Das Münchner Internet-Rezensionsorgan „Sehepunkte“ bemängelt in seiner Besprechung des 2002 erschienenen „Lexikons der Christlichen Demokratie in Deutschland“, in der Einleitung des voluminösen Bandes werde keine „einleuchtende Definition“ der christlichen Demokratie gegeben. Das mag eine berechtigte Kritik sein.<sup>2</sup> Aber der Historiker ist eigentlich eher zufrieden, wenn er seinen Gegenstand nicht nach Kilo und Gramm bemessen regelrecht vor sich hinstellen kann, hat er es doch mit der vielleicht am schwersten exakt zu erfassenden Materie überhaupt zu tun, mit dem Leben der Menschen auf allen Gebieten, soweit es in schriftlichen, mündlichen und dinglichen Zeugnissen der Überlieferung greifbar ist. Begriffliche Abstraktionen, natur- und wirtschaftswissenschaftlich zu ermittelnde Regelabläufe oder aus arrangierten Versuchsreihen abgeleitete Erkenntnisse sind zunächst seine Sache nicht. Indes skizziert das genannte Lexikon mit der gebotenen Knappheit die Vorgeschichte des parteigeschichtlichen Phänomens, seine internationalen Ausfaltungen, seine historischen und ideellen Voraussetzungen und die Gewinnung seiner „politischen und interkonfessionellen Prägnanz“ in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. In einem systematischen und einem biographischen Teil werden dann die Handlungsfelder und allerwichtigsten Handlungsträger der christlichen Demokratie in Deutschland wiederum eher knapp als ausführlich vorgestellt. Die vielen Autoren übten sich so in der historischen Arbeitsweise, einem vielschichtigen Phänomen auf deskriptive und analytische Weise auf die Spur zu kommen. Auch widersetzen sich einer gar publikumswirksamen „Definition“ die Offenheit und Unabgeschlossenheit von geschichtlichen Vorgängen und Prozessen, die noch in die Gegenwart hineinreichen. Allerdings können aus den überlieferten Zeugnissen der Vergangenheit von Parteien, aus Programmen und Personen, gewisse Erwartungen für deren Positionierung gegenüber Entwicklungen der Gegenwart abgeleitet werden: So ergibt sich aus der christlich-demokratischen Parteitradition die Ablehnung des ideologischen Kollektivismus, Egalitarismus und Staatssozialismus. Auch der schleichende Verfall tragender Werte der Zivilisation und Gesellschaft, den nicht nur pessi-

---

1 Der folgende Beitrag entspricht mit geringfügigen Überarbeitungen dem am 25. März 2009 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin, gehaltenen Vortrag.

2 Carlies Maria RADDATZ, [www.sehepunkte.de/2003/01/pdf/3506707795.pdf](http://www.sehepunkte.de/2003/01/pdf/3506707795.pdf). (Abruf: 10.10.2009). Die Rezension erweckt im übrigen den Eindruck, als habe das Lexikon versäumt, die DDR-Geschichte genügend zu bearbeiten – die nicht sein Fokus sein konnte. Winfried BECKER/Günter BUCHSTAB/Anselm DOERING-MANTEUFFEL/Rudolf MORSEY (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002.

mistische Zeitgenossen heute beobachten, kann einer Kultur der christlichen Demokratie nicht gleichgültig sein.

Voraussetzung für das Entstehen dieser politischen Kohorte und Kultur war der europaweite Umbruch der Französischen Revolution. Ein großer Pionier der einschlägigen Forschung, Hans Maier, hat denn auch zuerst nach Frankreich geblickt.<sup>3</sup> Es wäre erstaunlich gewesen, wenn das lange 19. Jahrhundert mit seiner charakteristischen Tendenz zur intellektuellen Säkularisierung, an dessen Anfang die großen Säkularisationen der kirchlichen Vermögen und Bildungsgüter in Frankreich und Deutschland standen, mit seiner Proklamation eines neuen, auf die immanente Vernunft und auf die ausschließlich individuelle Freiheit begründeten Menschenbildes keine Begleit- oder Gegenreaktionen hervorgerufen hätte. Dabei verkündete die „*démocratie chrétienne*“, vor allem der zweiten Phase (der 1880er und 1890er Jahre), keineswegs die Botschaft einer Rückkehr zum feudalen Staat, sondern bekannte sich durchaus zu den Selbstentfaltungswerten der Moderne. Sie teilte mit ihren Gegnern, den Radikalrepublikanern und Sozialisten, sogar bis zu einem gewissen Grade das Aufbegehren gegen die Unterdrückung eines Ancien Regime; sie verortete dieses aber nicht mehr in Königtum und Adel, sondern in den sozialen Inparitäten der entstehenden Industriegesellschaft. Sie berief sich ausdrücklich auf die schöpferischen, auf die zur ungehinderten Entfaltung drängenden natürlichen Schaffenskräfte des Menschen; angelegt sah sie diese in den Fähigkeiten und in der Freiheit, mit der Gott die menschlichen Geschöpfe nach seinem Plan und in seinem Namen ausgestattet habe. Sie gab der Verantwortung, der Freiheit, dem Fortschritts- und Glücksstreben des Menschen eine transzendente Letztfundierung, stellte zugleich aber ein *memento mori*, eine existentielle Einschränkung zur Debatte, die den Zauberlehrling vor dem verantwortungslosen Gebrauch der neu entdeckten magischen Kräfte zur Gestaltung einer besseren Politik und Gesellschaft warnte.

Die katholischen Demokraten waren im Frankreich der Dritten Republik eine Minderheit. Sie hatten nicht nur mit einer höchst selbstbewussten und aggressiven *Laïcité*, sondern auch mit ihren konservativen Konfessionsgenossen zu kämpfen, die die *Laizität* mit der Republik identifizierten und darum dieser aus der Revolution geborenen Staatsform ein fundamentales Misstrauen entgegenbrachten. Dennoch kann auf sie der Begriff der „christlichen Demokratie“ mit Berechtigung angewandt werden, weil sie ihn bewusst gebrauchten, sich ausdrücklich auf den Boden der Republik stellten und ein Programm spezifischen politischen und sozialen Inhalts entwarfen, das besonders gesellschaftliche und innerstaatliche Ordnungsprinzipien, so das Subsidiaritätsprinzip, enthielt. Gegen den Individualismus der Großen Revolution, der aber die

---

3 Hans MAIER, *Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie*, München 1959 (danach mehrere Aufl.).

Freiheitswerte der emanzipierten Nation allzu oft unduldsam, als unvereinbar mit Glauben und Kirche, als Vollzugskräfte eines staatlichen und nationalen Zentralismus interpretierte, setzten sie die Rückbesinnung auf die dem inneren Zusammenhalt einer Gesellschaft förderlichen Kräfte, auf die beruflichen Organisationen und Vereinigungen, die Mitbestimmung und die Dezentralisation, die Kräfte der „Assoziation“ und der Familienbande, nicht zuletzt auf die Rolle der Kirche in der Gesellschaft.<sup>4</sup> So bahnte sich eine Auseinandersetzung mit den neuen kulturellen Kräften der Moderne an.<sup>5</sup>

Obwohl diese Ideen sich europaweit Bahn brachen und gerade im deutschen Sprachraum beredte Verfechter fanden, hat man in Deutschland, wie schon Hans Maier anmerkte, mit der Anwendung des Begriffs einige Schwierigkeiten, weil der dynastisch organisierte Staat nur mühsam und allmählich zu einem mit Zentralität und Kompetenz ausgestatteten Parlamentarismus und zu den entsprechend strukturierten Parteien fand. Dennoch boten die Einzelstaaten, so in Baden, Bayern, auch im westlichen und schlesischen Preußen, den christlichen Parteien, denen anders als im republikanischen Frankreich keine Auseinandersetzung mit der demokratischen Staatsdoktrin auferlegt war, Gelegenheit zur Entstehung und ersten Entwicklung. Ein zweiter charakteristischer Unterschied zu Frankreich trat hervor: In Deutschland war der Säkularismus zwar nicht so weit verbreitet wie dort, aber es herrschte ein die Gesellschaft tief spaltender, historisch weit zurückzufolgender konfessioneller Gegensatz, der dazu führte, dass nur de facto katholische Parteien entstehen konnten. Diese traten zwar ähnlich wie in Frankreich den zunehmend antiklerikal eingestellten Liberalen gegenüber, gerieten aber auch in Gegensatz zu den national eingestellten protestantischen Konservativen. Aber wo war hier die christliche Demokratie?

Mit dieser Frage nähern wir uns wieder dem eingangs aufgeworfenen Problem der Definition und zugleich den rezenten Forschungsbemühungen der Konrad-Adenauer-Stiftung und den mit dieser zusammenarbeitenden Historiker. Das „Lexikon der Christlichen Demokratie“ tat einen entschlossenen Schritt, als es, allerdings vorbereitet durch einige Sammelbände, Aufsätze und Monographien, die zeitgeschichtliche Semantik der Unterscheidung von Vor-

---

4 Yves-Marie HILAIRE, *Les catholiques sociaux précurseurs de la législation sociale en France (1840–1940)*, in: DERS., *Le temps retrouvé. Vingt-quatre regards sur deux siècles d'histoire religieuse et politique*. Préface de René RÉMOND, Lille 1998, S. 213–221; grundlegend: Jean-Marie MAYEUR, *Des Partis catholiques à la Démocratie chrétienne. XIXe et XXe siècles*, Paris 1980; für Belgien: Emmanuel GERARD/Paul WYNANTS (Hg.), *Histoire du mouvement ouvrier chrétien en Belgique*, Bd. 1, Löwen 1994.

5 Vgl. Michael BURLEIGH, *Earthly Powers. The Clash of Religion and Politics in Europe from the French Revolution to the Great War*, New York 2005; Alfredo CANAVERO/Jean-Dominique DURAND, *Il fattore religioso nell'integrazione europea*, Mailand 1999; Gérard CHOLVY (Hg.), *L'Eglise et la culture*. Actes de la Ve Université d'été d'histoire religieuse Vannes, 10–13 juillet 1996, Montpellier 1997.

und Frühgeschichte einer Partei oder Institution hinter sich ließ und die Deutsche Zentrumspartei, den politischen Katholizismus schon seit dem 19. Jahrhundert, unter dem Sammelbegriff „christliche Demokratie“ subsumierte. Diesen Schritt hatten Buchtitel vorbereitet wie der von Noel D. Cary, „The Path to Christian Democracy. German Catholics and the Party System from Windthorst to Adenauer“<sup>6</sup> oder der Titel, der einer Ausgabe gesammelter Schriften von Rudolf Morsey vorangestellt war, der die Kontinuität im Spiegel eines reichen Historikerschaffens ansprach und so gewissermaßen Rückschlüsse vom behandelten Sujet auf dessen Identität nahelegte: „Von Windthorst bis Adenauer“<sup>7</sup>. Natürlich wollten die Herausgeber des Lexikons nicht in Abrede stellen, dass vor 1933 die meist von katholischer Seite unternommenen Versuche interkonfessioneller demokratischer Initiativen alle gescheitert waren. Wollte man aber aus dieser zutreffenden Faktenfeststellung die Nicht-Existenz christlicher Demokratie in Deutschland vor 1933 ableiten, dann müße man die Vergangenheit am Vorbild der kompakt und mit staatsgestaltender Mehrheit nach 1945 auftretenden Unionsparteien – was ebenso wie die Kontinuitätsanmutung als eine perspektivische Verzerrung ex post angesehen werden kann.

Will man indes den Begriff, den die Rezensentin aus ihrer Außenansicht eher als Buchbindersynthese wahrnahm, einer zukunftsfähigen Verwendung zuführen, so muss man einige positive Argumente heranziehen. Dass die an christlichen Werten orientierte Parteibildung vom deutschen Sonderweg beeinträchtigt wurde, minderte nicht die Ausbildung ihrer spezifischen Identität, denn diese schließt bei Parteien immer auch den intentionalen oder programmatischen Bereich mit ein. Dass programmatische Ziele in bestimmten historischen Situationen nicht erreicht werden, die breiter konditioniert sind als durch den Einfluss einzelner gesellschaftlicher Gruppen oder Parteien, lässt sich nicht als Argument gegen die Existenz und Realität solcher Gruppen anführen. Sonst hätte auch die SPD ihre Identität durch den Einstieg in den Bürgerfrieden des Ersten Weltkriegs oder die Zusammenarbeit mit noch aus dem Kaiserreich stammenden Führungsschichten der Weimarer Republik verlieren müssen. Idealtypisch bilden Parteien ein Kontinuum von Vorstellungen, die möglichst unverwechselbar und dennoch verallgemeinerungsfähig sein sollen, wenn sie einen produktiven Dialog mit dem Zeitgeist führen oder diesen gar dominieren wollen. Hier hatten die Zentrumspartei und schon ihre Vorläufer zumindest seit dem Kulturkampf einen bedeutsamen Fundus zu bieten, der die

6 Noel D. CARY, *The Path to Christian Democracy. German Catholics and the Party System from Windthorst to Adenauer*, Cambridge, Mass./London 1996.

7 Rudolf MORSEY, *Von Windthorst bis Adenauer. Ausgewählte Aufsätze zu Politik, Verwaltung und politischem Katholizismus im 19. und 20. Jahrhundert*, Paderborn 1997. Hier wird Adenauer umgekehrt aber offenbar mehr unter den Begriff des politischen Katholizismus subsumiert, der indes, wenn er für die Zeit nach 1945 gebraucht wird, definitionsbedürftig im Blick auf seine vorherigen Perioden ist.

politische Ideengeschichte um eigenständige Beiträge bereichert und der Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland zukunftsweisende Impulse verliehen hat.

Das mag an vier Punkten angedeutet werden, die in ihrem partei-programmatischen Charakter den Dialog mit der Allgemeinheit in Staat und Gesellschaft zu eröffnen geeignet waren. 1) Das Zentrum erweiterte den säkularen Begriff von Grundrechten um die Forderung nach dem freien Wirkungsraum für Religion und Kirche in einem Staat, der, den Weg zur Moderne beschreibend, genötigt war, ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen seiner wertemäßigen Fundierung und dem Platz für religiöse Bekenntnisse zu finden. 2) Die Forderung nach Föderalismus im Staat richtete sich gegen die preußische Hegemonie, aber auch, grundsätzlicher, gegen die Bevormundung der Bürger durch eine zentralistische, uneingeschränkte Staatsgewalt, brachte so Gedankengut des Vormärz und eines territorialen Pluralismus in den sich modernisierenden und zugleich seine Herrschaft ausdehnenden Staat ein.<sup>8</sup> 3) Angesichts der Etablierung der Herrschaft des Stärkeren in der Industriegesellschaft sollte sich der Staat das Ziel setzen, ausgleichend zwischen den Interessengruppen zu wirken und das Wohl aller Volksklassen zu fördern. 4) Das Eintreten für die Rechte der im Kulturkampf verfolgten oder benachteiligten Katholiken suchte sich die parlamentarische und publizistische Bühne. Diese Form der zivilisierten Artikulation kirchlicher, kultureller und sozialer Interessen war der Entwicklung zum Parlamentarismus förderlich, obwohl die scheinbar unüberwindliche Minderheitssituation der deutschen Katholiken ihr Bekenntnis zum Mehrheitsparlamentarismus erschwerte. Die Zentrumspartei war kein Spaltpilz. Ihr erster Anführer Ludwig Windthorst hat den Weg zu einer demokratischen Verfassungsentwicklung beschritten, wenn er für die parlamentarische Kontrolle der Regierungsgewalt, für die Stärkung der Befugnisse des Reichstags durch Koalitionsbildungen und für das Grundrecht von Katholiken, Protestanten und Juden auf ungehinderte Religionsausübung eintrat. Seit den Reichstagswahlen von 1912 war der weltanschauliche Gegner des Zentrums, die SPD, die an Mandaten und Stimmen stärkste Partei im Kaiserreich; die Koalition des Zentrums mit ihr wie mit den anderen Parteien wurde durch starke konfessionelle und weltanschauliche Vorbehalte auf beiden Seiten erschwert, dennoch war der Weg zur „Integration“ der deutschen Katholiken vorgezeichnet.

Am Ende des Ersten Weltkriegs stand das föderalistisch aufgebaute Zentrum als unverwechselbare, angesehene, schwer zu übergehende Kraft neben den

---

8 Nachweis für Windthorst: Margaret L. ANDERSON, *Windthorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 14), Düsseldorf 1988; Paul COLONGE, *Ludwig Windthorst (1812–1891) (Sa pensée et son action politiques jusqu'en 1875)*, Bd. 1–2, Lille/Paris 1983.

konservativen, den liberalen und den sozialdemokratischen Parteien. Bei den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung am 19. Januar 1919 trug es im Rheinland und in Berlin den Namenszusatz „Christliche Volkspartei“ oder „Christlich-demokratische Volkspartei“. Obwohl dieser Zusatz wieder verschwand und auch die Bestrebungen der christlichen Gewerkschaften, eine interkonfessionelle Partei aufzubauen, scheiterten,<sup>9</sup> weist die Absicht der Neubenennung darauf hin, dass mit dem Übergang zur republikanischen Staatsform auch der eigene Identitätskern stärker ins Bewusstsein rückte und nach neuer, zeitgemäßer Definierung verlangte. Das mögen ein paar weitere Belege verdeutlichen. Das Wirken Georg von Hertlings, des ersten Bayerischen Ministerpräsidenten, der als Parlamentarier aus den Reihen des Zentrums gekommen war, begriff der BVP-Abgeordnete Konrad Beyerle, Mitarbeiter am Verfassungswerk von Weimar, als ein Vermächtnis, wenn er am offenen Grabe versicherte: „Die christliche, demokratische Partei werde immerfort im Geiste des edlen Toten fortwirken“<sup>10</sup>. Die Perspektive Beyerles war einer neuen Zukunft zugewandt, würdigte dieser Professor der Rechte doch ausdrücklich Hertlings „Stellungnahme zu Friedensfragen“, die „bei Freund wie bei Feind“ eine „außergewöhnliche Beachtung“ gefunden hätten. Heinrich Held, bayerischer Ministerpräsident von 1924 bis 1933, legte bei einer der ersten Wahlveranstaltungen der Bayerischen Volkspartei vor einer Frauenversammlung in Vohenstrauß in der katholischen Oberpfalz „die Gründe für den Zusammenschluss von Katholiken und Protestanten und der Bayerischen Volkspartei dar“.<sup>11</sup>

Ausführlicher und fundierter formulierte der temperamentvollste Vorkämpfer der Bayerischen Volkspartei, der sozial engagierte Anwalt der Bauern Dr. Georg Heim, den Gründungsauftrag: „Die Volkspartei eine Neubildung, keine Firmenänderung!“<sup>12</sup> Dennoch war sie „kein Schmerzenskind der Revolution“. Heim verwies auf ihre Vorgeschichte: der Mitgründer Sebastian Schlittenbauer hatte „bereits vor Ausbruch der Revolution in der Zentrumsfraktion des Bayerischen Landtags ihre Gründung vertreten“. Unmissverständlich entwickelte Heim zwei neue, miteinander verbundene Konzeptionen: die entschlossene Erweiterung zur interkonfessionellen Partei und zugleich zur Sammelpartei. Es gelte, die Massen zu gewinnen, ob sie von links oder rechts oder aus der „gro-

9 Streben nach einer „christlichen Mittelpartei“: Bernhard FORSTER, *Adam Stegerwald (1874–1945). Christlich-nationaler Gewerkschafter, Zentrumspolitiker, Mitgründer der Unionsparteien* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 41), Düsseldorf 2003, S. 208–220.

10 Die Beisetzung des Grafen Hertling, „Regensburger Anzeiger“, Nr. 17 vom 11.1.1919.

11 *Bericht aus Vohenstrauß vom 7. Januar 1919*, „Regensburger Anzeiger“, Nr. 13 vom 9.1.1919. Vgl. zur BVP-Gründung Claudia FRIEMBERGER, *Sebastian Schlittenbauer und die Anfänge der Bayerischen Volkspartei*, St. Ottilien 1998.

12 Titel eines Artikels von Heim im „Regensburger Anzeiger“, Nr. 623 vom 10.12.1918; daraus die folgenden Zitate. Herausgeber dieser Tageszeitung war Heims Mitstreiter Dr. Heinrich Held.

ßen Schar der Nichtwähler“ kämen. „Wir brauchen eine christlich-demokratische Partei, die alle christlichen Konfessionen und alle Stände in eine nach rechts und links erweiterte Schlachtlinie einreihet“. Heim war sich dabei bewusst, dass dem „alte Vorurteile, Erinnerungen an frühere Kämpfe, besonders auch das konfessionelle Moment“ im Wege standen. „Der Deutsche vergißt schwer“. Umso wichtiger erschien ihm die Besinnung auf „das Gemeinschaftliche, das alles überschattet, alles überzeugt, an das Christentum, dem die Welt von heute alle Errungenschaften wahrer Kultur verdankt“. Aus diesem Kulturbewusstsein leitete Held eine dreifache Verantwortung ab: Den „alles zerstörenden und zerschneidenden Materialismus“ abzuwehren, die Zukunft der nächsten Generationen zu sichern und die Heimat zu bewahren. Der demokratische Charakter der Partei war durch die gleichberechtigte Vertretung „jeglichen Stands“ und „jeder Sondergruppe“ zu sichern. Das zielte besonders auf die Gewährleistung der Mitwirkungsrechte der „protestantischen Mitglieder“ der Volkspartei, denen Heim jetzt schon seine „Mandate“ mit verdankte.

Carl Muth, der Redakteur der bedeutenden katholischen Kulturzeitschrift „Hochland“, wies dem Zentrum in der Republik, die den Katholiken und allen gesellschaftlichen Gruppen mehr Freiheit gewährte als das kaiserliche Deutschland, ebenfalls dezidiert die Rolle der Mitte zu. Das Zentrum und die Bayerische Volkspartei sollten so eine ideell unterbaute, staatstragende Position gegenüber zwei Außenpositionen gewinnen: einmal gegen eine mögliche Neuaufgabe der (vor 1914 schon sichtbar gewordenen) liberalsozialistischen Kulturkampfkoalition oder eine „rein sozialistisch entwickelte Demokratie“; zum andern war die verbreitete, offen oder unterbewusst operierende konservative Opposition gegen die verfassungsmäßige Republik zu bekämpfen.<sup>13</sup> Muth rang sich sogar zu der Aussage durch: Die Demokratie der Zukunft werde christlich oder nicht mehr sein. Neben den politischen betonte er die gesellschaftlichen Aufgaben der christlichen Demokratie: die Erhaltung der subsidiären gesellschaftlichen Kräfte – Persönlichkeit, Familie, Beruf, die Garantie der Unabhängigkeit für die großen kulturellen Antriebe in der Religion, der Wissenschaft und Kunst, umfassen von den Traditionen eines bewährten Kulturstaats.

In der Praxis des politischen Lebens versuchte die Zentrumsparlei solchen theoretischen Einsichten Geltung zu verschaffen. Doch als minoritäre Kraft der Mitte wählte sie nicht die Kampfformen der ideologisch motivierten Eini-gelung, der Blockadestrategie oder des Bürgerkriegs, sondern trat als kompromissbereiter Koalitionspartner auf. Ihre erklärte Teilnahme an fast allen Kabinetten der Weimarer Republik sicherte diesem Staat eine gewisse Kontinuität und verschaffte ihr selbst Einfluss vor allem in der Kultur- und Sozialpolitik.

<sup>13</sup> Carl MUTH, *Res publica. Gedanken zur politischen Krise der Gegenwart*, in: Hochland 24/I (1926/27), S. 1–14.

Entgegen den oft wiederholten Klagen über die in Deutschland ausgebliebene demokratische und soziale Revolution und der wohlfeilen Rede von dem angeblich in Permanenz waltenden „Obrigkeitsstaat“ gilt die Feststellung, dass Deutschland auch eine demokratische Geschichte vor 1945 hat, und dies war nicht nur eine Geschichte der sozialen oder liberalen Demokratie.

So traf die nationalsozialistische Verfolgung denn auch mit voller Wucht die sogenannten Systemparteien Zentrum und Bayerische Volkspartei. Über die bayerische Schwester des Zentrums hält sich allerdings hartnäckig das Gerücht, diese habe wegen ihrer angeblich besonders nationalistischen und monarchistischen Orientierung eine Affinität zum Nationalsozialismus entwickelt, die indes nie näher definiert werden konnte. Es waren vielmehr die bayerischen Liberalen, die ihre national-unitarische Orientierung aus dem Kaiserreich in die Republik mitbrachten – was sie indes, wie etwa das Schicksal des Staatssekretärs und bayerischen Handelsministers Eduard Hamm zeigt, vor der nationalsozialistischen Verfolgung auch nicht bewahrte. Sowohl die kulturpolitisch-konfessionelle wie die dem säkularen Bereich zuzurechnende politische Leistung der beiden christlichen Parteien war den Nationalsozialisten ein Dorn im Auge. Über das Verhältnis, in dem diese beiden Komponenten des parteilichen Selbstverständnisses, die katholische und die politische, zueinander standen, hat Karsten Ruppert viel nachgedacht.<sup>14</sup> Im Grunde haben sich beide ergänzt, statt sich gegenseitig zu relativieren oder zu lähmen. Die nationalsozialistischen Verfolger setzten denn auch nach 1933 beide Pole der Parteiprogrammatik auf die Anklagebank: Sie rückten die weiter zu beobachtenden Regungen des „politischen Katholizismus“ ebenso in die Nähe des Vaterlandsverrats wie das Verhalten des untergegangenen Zentrums als einer „Systempartei“ d. h. einer Partei des von ihnen abgelehnten republikanischen „Systems“ des Weimarer Staates.

Es ist ein großes Verdienst Günter Buchstabs und seines engagierten Teams, die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur als Inkubationsphase (hier im ursprünglichen Sinne, nicht als Krankheitsbeginn verstanden) der nach 1945 aufblühenden christlichen Demokratie ermittelt zu haben. Aus den im Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung verwahrten Akten wurde deutlich, dass die Angehörigen der christlichen Lager und vor allem die diese repräsentierenden Politiker nach 1933 unter argwöhnische Beobachtung und staatspolizeilichen Druck gerieten, bespitzelt, verfolgt, an den Rand der Gesellschaft gedrängt

14 Vgl. Karsten RUPPERT, *Die weltanschaulich bedingte Politik der Deutschen Zentrumspartei in ihrer Weimarer Epoche*, in: *Historische Zeitschrift* 285 (2007), S. 49–97; DERS., *Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Demokratie 1923–1930* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 96), Düsseldorf 1992.



wurden.<sup>15</sup> Davon betroffen waren vor allem die Katholiken, aber auch die der Vereinnahmung durch das NS-Regime sich widersetzenden Teile der evangelischen Kirche. Die vielen zunächst unfassbar erscheinende Herrschaft eines verbrecherischen Regimes in einem hochzivilisierten Land führte Christen beider Konfessionen zusammen, die in ihrem religiösen Gewissen den letzten Anker zum inneren Überleben und zur geistigen Abwehr des die Mehrheit der Deutschen verführenden NS-Regimes fanden. Das sich allmählich abzeichnende Bündnis konnte aber erst durch den von außen erwirkten vollständigen Zusammenbruch des NS-Staates historische Relevanz gewinnen. Es beschränkt den Weg in eine gemeinsam zu gestaltende demokratische Zukunft. Die innenpolitischen Auswirkungen der Deutschland jahrhundertlang entzweienden Konfessionsspaltung konnten überwunden werden. Die Bedeutung dieser Vorgänge für den inneren Ausgleich im zweiten demokratischen Staatswesen, der „zweiten Chance“ für Deutschland (Fritz Stern), kann kaum überschätzt werden.

Der Widerstand oder die Resistenz der Christen wurzelte tief und verzweigt in gewachsenen Schichten der Politik und Gesellschaft. Diese aus der Betrachtung von Gesellschaft und Milieu sich ergebende Dimension von Widerstand ließ sich aber auf alle „widerständigen“ Kreise oder Gruppen beziehen. Widerstand trat als ein im weiten Sinne gefasstes soziales Phänomen in den Blick. Suchte man ihn näher zu ermitteln und zu lokalisieren und zugleich in einen Gesamtzusammenhang zu bringen, wurde neue Definitionen und Begriffe notwendig, die über rein rechtliche oder fest umrissene historische Vorstellungen von Widerstand hinausgingen, um einem neuen zeitgeschichtlichen Phänomen gerecht zu werden. So wurden von Forschern verschiedener Herkunft, die auch an unterschiedlichen Sujets arbeiteten, die Kriterien der passiven Resistenz, der Identitätswahrung durch Verweigerung, Distanzierung oder die bewusst und kalkuliert eingesetzte Haltung des „Abstands“ entwickelt.<sup>16</sup> Dabei muss mitgedacht werden, dass eine solche Abstandswahrung bzw. Widerstandshal-

15 Vgl. Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN, *Verfolgung und Widerstand 1933–1945. Christliche Demokraten gegen Hitler*, Düsseldorf 1986; Winfried BECKER, *Politische Neuordnung aus der Erfahrung des Widerstands. Katholizismus und Union*, in: Peter STEINBACH (Hg.), *Widerstand. Ein Problem zwischen Theorie und Geschichte*, Köln 1987, S. 261–292; Günter BUCHSTAB (Hg.), *Keine Stimme dem Radikalismus. Christliche, liberale und konservative Parteien in den Wahlen 1930–1933*, Berlin 1984.

16 Klaus GOTTO/Hans Günter HOCKERTS/Konrad REPGEN, *Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz*, in: Klaus GOTTO/Konrad REPGEN (Hg.), *Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus*, 3. Aufl., Mainz 1990, S. 173–190; Konrad REPGEN, *Widerstand oder Abstand? Kirche und Katholiken in Deutschland 1933 bis 1945*, in: Klaus HILDEBRAND/Udo WENGST/Andreas WIRSCHING (Hg.), *Geschichtswissenschaft und Zeiterkenntnis. Von der Aufklärung bis zur Gegenwart. Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Möller*, München 2008, S. 555–558.

tung unter den gegebenen Umständen nur insoweit möglich waren, als ein totalitäres Regime einen solchen Rückzug zuließ. Denn die für diese Regimes typische Kriminalisierungstendenz stempelte die Formen der Selbstbewahrung, die heute als harmlos oder unbedeutend erscheinen, zu staatsgefährlichen Widerstandsaktionen, die schwerste Sanktionen bis hin zur Todesstrafe nach sich ziehen konnten. Hier fanden die Arbeiten der Konrad-Adenauer-Stiftung und ihrer Mitarbeiter Anschluss an einen großen Trend der Zeitgeschichtsforschung: Martin Broszat, der damalige Leiter des Instituts für Zeitgeschichte, und seine Mitarbeiter,<sup>17</sup> Historiker des Bayerischen Hauptstaatsarchivs um Harald Jaeger und Hermann Rumschöttel<sup>18</sup> und der Düsseldorfer Zeit- und Landeshistoriker Peter Hüttenberger thematisierten in Auswertung neuer Quellen die Wandlungen und die Beharrungskräfte sozialer Milieus im Dritten Reich.<sup>19</sup> Es ergab sich ein gewisser Gleichklang zwischen der seit den siebziger Jahren in ihrer Notwendigkeit neu erkannten und bedachten Zeitgeschichtsschreibung über den Nationalsozialismus und der zeitgeschichtlichen Forschung über die christlichen Parteien, der wohl nicht beabsichtigt oder geplant war. Beide Projektbereiche wiesen Parallelitäten in Fragestellungen und Begrifflichkeiten auf. Man sollte diese Gleichläufigkeit zweier moderner Forschungstendenzen nicht übertreiben, aber eine Interaktion der Frageansätze und Definitionsbestrebungen war unübersehbar, und – man nahm schlicht voneinander Kenntnis. Darum lassen sich die Ergebnisse der von der Stiftung herausgegebenen Werke nicht als isolierte Auftragsforschung abwerten.

Dass für die Verwissenschaftlichung des Themas Drittes Reich und Widerstand Handlungsbedarf bestand, zeigten mancherlei polemische Debatten. Die Diskussion darüber, ob nicht die Vorläufer der als „konservativ“ etikettierten Unionsparteien für das Aufkommen und den Sieg des Nationalsozialismus verantwortlich zu machen seien, erreichte sogar den Bundestag. Einen späten Kontrapunkt zu solchen irrlichternden Spekulationen setzte ein Sammelband von Lebensskizzen christlicher Widerständler. Er wurde unter dem Titel „Christliche Demokraten gegen Hitler“ als Taschenbuch der Öffentlichkeit vorgestellt, nachdem ältere Publikationen zu dieser Thematik aus der früheren,

---

17 Martin BROSZAT, *Zur Sozialgeschichte des deutschen Widerstands*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), S. 293–309; DERS., *Vorwort*, in: DERS. u. a. (Hg.), *Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte*, München 1977; vgl. auch die weiteren Bände (II–IV) dieses Projekts.

18 Harald JAEGER/Hermann RUMSCHÖTTEL, *Das Forschungsprojekt „Widerstand und Verfolgung in Bayern 1933–1945“*. Ein Modell für die Zusammenarbeit von Archivaren und Historikern, in: Archivalische Zeitschrift 73 (1977), S. 209–220.

19 Peter HÜTTENBERGER, *Vorüberlegungen zum „Widerstandsbegriff“*, in: *Theorien in der Praxis des Historikers. Forschungsbeispiele und ihre Diskussion*. (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 3), Göttingen 1977, S. 117–134. Vgl. Winfried BECKER, *Begriffe und Erscheinungsformen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus*, in: *Jahrbuch für Volkskunde* NF 12 (1989), S. 11–42.

theoretisch noch weniger ambitionierten Widerstandsforschung in Vergessenheit geraten waren.<sup>20</sup> Viele der hier und in anderen Bänden präsentierten, einem breiteren Publikum meist unbekanntem Persönlichkeiten der Unionsgeschichte waren nicht zuletzt auf Grund ihrer Auseinandersetzung mit dem Unrechtsregime zu Gestaltern der zweiten deutschen Demokratie geworden. Folglich leisten solche Publikationen Beiträge zu einem besseren Verständnis der demokratischen Staatsform und bereichern zugleich das fachlich-historische Spektrum. Denn die Sammelbiografien über christlich-demokratische Widerständler im Dritten Reich griffen, um die Erscheinungsformen und Motive der Nicht-Anpassung, des passiven Widerstands und der resistierenden Distanzierung zu erfassen, auf die biografisch-prosopografische Methode der Geschichtsschreibung zurück, die zunächst den Helden des 20. Juli 1944 vorbehalten gewesen und auf diese eingeschränkt worden war.<sup>21</sup> Auch sie liegen in einem modernen Forschungstrend. Denn eine methodisch eher konservativ einzustufende Biografie, die sich zum biografischen Dekonstruktivismus kontrovers stellt, hat in den letzten Jahrzehnten eine Renaissance erlebt, nachdem die akademischen Parteigänger der 1968er-Bewegung diese bewährte und anspruchsvolle Form der Historiografie als Dienst an einem überlebten Personenkult schon verabschiedet hatten. Aber Politik und Geschichte können verantwortlich nur gestaltet und gelebt werden von Menschen und Gruppen, die ihre Ziele und Antriebe als Individuen oder Gruppen eigenständig verfolgen und sich nicht von den allzeit mächtigen Zeittrends neutralisieren lassen.

Während der letzten Jahrzehnte fanden in den westlichen Nationen Säkularisierungsschübe statt, die durch die Wiedervereinigung und die Wende in den ehemaligen Staaten des Ostblocks verstärkt wurden; sie sind inzwischen selbst zu Objekten der Forschung geworden.<sup>22</sup> Danach gerät es fast schon zu einer Übung der historischen Verfremdung, an die Wiederbelebung christlicher Werte nach 1945 zu erinnern. Viele Menschen empfanden angesichts des gerade zusammengebrochenen NS-Regimes und der im anderen Teil Deutschlands fortlebenden kommunistischen Diktatur das Bedürfnis nach der Wiedergewinnung gültiger Maßstäbe für das politische und gesellschaftliche Zusammenleben. Eine Besinnung auf „die am Naturrecht orientierte humane Auffassung

20 Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i. Br. 2004.

21 Vgl. Rudolf LILL/Heinrich OBERREUTER (Hg.), *20. Juli. Portraits des Widerstands*, Düsseldorf/Wien 1984.

22 Vgl. etwa Gérard CHOLVY/Yves-Marie HILAIRE, *Histoire religieuse de la France contemporaine*, Bd. 3: 1930–1988, Toulouse 1988, S. 306ff.; Jean-Marie MAYEUR/Charles et Luce PIETRI/André VAUCHEZ/Marc VENARD, *Histoire du christianisme*, Bd. 13: *Crises et renouveau (de 1958 à nos jours)*, Lonrai 2000; Erwin GATZ (Hg.), *Kirche und Katholizismus seit 1945*, Bd. 1: *Mittel-, West- und Nordeuropa*, Bd. 2: *Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa*, Bd. 3: *Italien und Spanien*, Bd. 4: *Die britischen Inseln und Nordamerika*, Paderborn 1998, 1999, 2005, 2002.

von Wert und Würde der Einzelperson<sup>23</sup> setzte ein. Die Botschaft der Kirchen wurde wieder respektiert. Der damit verbundene Mentalitätswandel, der allerdings nur Teile der Bevölkerung erfasste, bildete einen bedeutsamen Hintergrund für den nicht allein aus wirtschaftlichen Faktoren zu erklärenden, erstaunlichen Aufstieg der Unionsparteien. Aus einer längere Zeiträume in den Blick fassenden historischen Sicht handelte sich gewissermaßen um den Abschluss einer Parteibildung *sui generis*, die nun zum mehrheitsfähigen Durchbruch einer interkonfessionellen, sozialen, föderalistischen Volkspartei auf christlicher Wertebasis führte. Die christlichen Demokraten nahmen definitiv ihren Platz neben den drei anderen historisch gewachsenen politischen Angeboten für den Wähler ein; sie traten neben die liberale Partei, die sozialdemokratische Partei und deren linke Abspaltungen und die bereits der Geschichte angehörenden nationalistischen, vorher milieu- und sozialkonservativen Parteien, die im höheren Bürgertum und Adel ihre Anker geworfen hatten.

Ein typologischer Vergleich hat den Löwener Historiker Emiel Lamberts dazu bewogen, die christlich-demokratischen und christlich-sozialen Parteien Europas dem konservativen Typus zuzuordnen.<sup>24</sup> Natürlich kommt es immer auf die Definitionskriterien an, und wegen ihrer Wertebindung mag man die christlichen Demokraten auch so nennen. Aber aus einer politisch-historischen Sicht erheben sich Zweifel, ob die Unionsparteien sich vollständig oder überhaupt unter diesem Begriff subsumieren lassen. Dagegen spricht die Geschichte der christlichen Demokratie in Deutschland, wenn wir unter dieser schon die Geschichte des politischen Katholizismus oder gewisser seiner Teile verstehen; denn der wurde von den früheren Konservativen immer wieder der Reichsfeindschaft bezichtigt und aus dem Kernbereich liberaler oder konservativer monarchischer Staatsauffassung hinausgewiesen. Ein nennenswerter Teil der evangelischen Christen war erst nach dem Niedergang des im Hohenzollernreich geschmiedeten protestantisch-nationalen Komplexes für die interkonfessionelle politische Zusammenarbeit zu gewinnen.<sup>25</sup> Die Umbruchsituation nach 1945, die Folgen der Vertreibung und Zerstörung, beraubten den Konservatismus seines herkömmlichen Milieus, obwohl spezielle Teilmilieus für verschiedene Parteien sich wieder regenerieren konnten. Auch die von den Nationalsozialisten proklamierte und praktizierte „Volksgemeinschaft“ sowie der

23 Winfried BECKER, *Religionsgemeinschaften und der Staat*, in: Hans-Peter SCHWARZ (Hg.), *Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren*, München 2008, S. 531–552, hier S. 532.

24 In seiner bemerkenswerten Abschiedsvorlesung: *De stille kracht in de Europese samenleving*, gehalten am 18. November 2006 an der Universität Löwen, [http://kadoc.kuleuven.be/pdf/stu/lamberts\\_afscheidscollege.pdf](http://kadoc.kuleuven.be/pdf/stu/lamberts_afscheidscollege.pdf) (Abruf: 2.9.2009).

25 Die damit verbundenen Schwierigkeiten arbeitet heraus Michael KLEIN, *Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945 bis 1963*, Tübingen 2005.

Krieg hatten egalisierend gewirkt. Schließlich waren wesentliche Politikbereiche der von den Unionsparteien geführten Regierungen nicht restaurativ, sondern revisionistisch ausgerichtet; das haben besonders die Studien von Hans-Peter Schwarz über Adenauers Außenpolitik erwiesen.<sup>26</sup> Die Tagebücher und Briefe maßgeblicher Politik-Gestalter der frühen Bundesrepublik, z. B. von Otto Lenz und Heinrich Krone, die in vorbildlichen Editionen zugänglich gemacht worden sind,<sup>27</sup> offenbaren einen eigenständigen Gesinnungseinschlag, herrührend von christlichen Orientierungen, die den herkömmlichen pragmatischen, oft achtbaren Grundansatz politischen Handelns überlagern, wie er vor dem Einbruch des Nationalsozialismus vielfach den Ton in den politisch-konservativen Institutionen Deutschlands bestimmt hatte.

Dennoch war dem Selbstverständnis der Unionsparteien von Anfang an ein integrativer, über die eigene, historisch abgesicherte Kernsubstanz hinausweisender Zug eigen; nicht mehr nur eine Konfession, eine Klasse oder die eigene Nation sollten angesprochen werden; der Parteiname „Union“ war gerade anstelle des klassischen Parteibegriffs gewählt worden, um nicht einer engführenden Partialität anheimzufallen. Um dieser Novität und Eigentümlichkeit gerecht zu werden, haben manche Forscher von der Sammelpartei CDU gesprochen. Das von Klaus Gotto und Günter Buchstab herausgebrachte Pilot-Bändchen für die Aufschließung der Bestände des ACDP, „Die Gründung der Union“<sup>28</sup>, behandelte nach der „Tradition christlicher Grundwerte und Parteien“ die „soziale und gewerkschaftliche“, die „konservative“, die „liberale“ und die „föderalistische Tradition“ der CDU und CSU, exemplifiziert an einzelnen Repräsentanten dieser innerparteilichen Strömungen.

Einen besonderen Ausdruck haben diese integrativen Bestrebungen in dem Programm der Sozialen Marktwirtschaft gefunden, die epochemachend wirkte, weil sie die Begriffsverbindung von liberal und wirtschaftlich auflöste, die Wirtschaft auf ihre sozialen Zwecke und auf die Bedürfnisse aller wirtschaftenden Menschen statt nur auf deren isolierten autogenen Eigenmechanismus ausrichtete. Allerdings bildeten die Vorstellungen, die die Nationalökonomie und ein für das staatliche Gemeinwohl eintretender Kameralismus in Deutsch-

26 Hans-Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg. 1876–1952*, Stuttgart 1986, DERS., *Adenauer. Der Staatsmann. 1952–1967*, Stuttgart 1991.

27 Klaus GOTTO/Hans-Otto KLEINMANN/Reinhard SCHREINER (Bearb.), *Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 11), Düsseldorf 1988; Hans-Otto KLEINMANN (Bearb.), *Heinrich Krone. Tagebücher*. Bd. 1: 1945–1961, Bd. 2: 1961–1966 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 28, 44), Düsseldorf 1995, 2003.

28 Günter BUCHSTAB/Klaus GOTTO (Hg.), *Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung und Repräsentanten*, München 1981 (2. Aufl. 1990).

land entwickelt hatten, erste Wurzeln dieser neuen Wirtschaftsordnung.<sup>29</sup> Die Behebung der Wirtschaftsnot war neben der Sicherheitspolitik die wichtigste politische Aufgabe der Nachkriegszeit. Wenn Ludwig Erhard und Konrad Adenauer politisch überleben wollten, dann mussten sie hier nach neuen Wegen Ausschau halten. Das treffsichere Schlagwort „Wohlstand für alle“ verdeutlichte den integrativen Grundzug der neuen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Behebung wirtschaftlicher Nöte auf der Basis einer freien Marktordnung und der wiederbelebten Produktivität eines klassischen Industriestaates sollten einer umfassenden sozialen Befriedung im Innern dienen. Das Anliegen, die Interessen aller Bevölkerungsschichten wenigstens sukzessive zu berücksichtigen, durchzieht die Redebeiträge Adenauers im Bundesvorstand der CDU, dessen inhaltsreiche Protokolle Günter Buchstab mustergültig ediert hat.<sup>30</sup>

Neuerdings geht man anscheinend daran, die Aufklärung als Teil des konservativen Fundus der Unionsparteien zu entdecken. Um für das angesprochene integrale Politikverständnis einen Beleg oder Vorläufer aus dieser fernen und vielgesichtigen Epoche zu finden, würde man allerdings weniger an das elitäre Diktum von Friedrich Schiller erinnern wollen, dass der Verstand weniger nur gegeben und die Vernunft ein Privileg der Götter sei, sondern eher an die *Federalist Papers* von 1788. Diese Artikel, die in ihrer Gesamtheit das Credo der unionistischen Reformpartei innerhalb der amerikanischen Verfassungsdiskussion spiegelten, bezogen Position gegen die Bildung von Fraktionen, von Kleingruppen, die nur den Eigensinn und die Sonderinteressen begünstigen würden. Sie sahen das Gemeinwohl am besten dadurch gewährleistet, dass Raum für breite und ansehnliche Mehrheiten geschaffen würde, die möglichst breite Interessen repräsentieren könnten, so dass die von Klüngeln favorisierten falschen und eigennütigen Prioritäten und Interessen nicht zum Zuge kämen.<sup>31</sup> Solche Überlegungen bleiben aktuell, man braucht nur an die schon seit den achtziger Jahren zu beobachtende, aber nun ein fortgeschrittenes Sta-

29 Vgl. Bernhard LÖFFLER, *Soziale Marktwirtschaft und administrative Praxis. Das Bundeswirtschaftsministerium unter Ludwig Erhard* (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 162), Wiesbaden 2002.

30 Günter BUCHSTAB (Bearb.), *Adenauer: „Es musste alles neu gemacht werden“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953, Stuttgart 1986; *Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1953–1957, Düsseldorf 1990; *Adenauer: „... um den Frieden zu gewinnen“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1957–1961, Düsseldorf 1994; *Adenauer: „Stetigkeit in der Politik“*. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1961–1965, Düsseldorf 1998; Kurt Georg Kiesinger: *„Wir leben in einer veränderten Welt.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1965–1969*, Düsseldorf 2005 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 16, 24, 32, 50).

31 10. Artikel von James Madison, 27. Artikel von Alexander Hamilton. Alexander HAMILTON/James MADISON/John JAY, *Die Federalist-Artikel. Politische Theorie und Verfassungskommentar der amerikanischen Gründerväter*, hg. von Angela ADAMS und Willi Paul ADAMS, Paderborn 1994, S. 50–58, 155–159.

dium erreichende Weimarisierung der deutschen Parteienlandschaft zu denken.

Die Parteienzersplitterung wie das Sinken der Wahlbeteiligung legen den Rückschluss auf die schwindende Integrationskraft der Unionsparteien, nicht nur der SPD, nahe. Das mag auch mit den Themen zusammenhängen, die in letzter Zeit, medial gesteuert, in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion gerückt wurden. Energiesparen ist nötig, gewiss, aber viele Menschen dürften über die brüskten legislativen Umsetzungen der neuen Ideale, z. B. des Klimaschutzes, die zunehmend an die Stelle früherer klassischer Politikfelder treten, verdrossen sein. Eine Volkspartei muss, statt sich geborgten höchsten Menschheitszielen zu verschreiben, auf die Normalität und die Grundbedürfnisse ihrer Bürger Rücksicht nehmen. Das geschieht nicht, wenn ein zu weit gehendes Energie-Einspar-Gesetz die Eigentumbildung im Haus- und Wohnungsbau abwürgt. Die Regierungen der Adenauer-Ära hatten sehr wohl den Normalbürger im Blick, und sie scheuten sich auch nicht, den Streit um die großen Fragen der politischen Orientierung zu führen und sich dabei ihre eigenen Ziele zu setzen und zu verteidigen: die Solidarität mit den demokratisch verfassten Nationen, auch mit kleinen wie der Schweiz, den Aufbau einer wehrhaften Demokratie und einer freiheitlichen Verfassungsordnung, die Soziale Marktwirtschaft. Die längste Zeit ihres Bestehens konnte die Union für entsprechende Kampagnen auf eine breite Stammwählerschaft zählen; heute läuft diese Klientel Gefahr, zu Gunsten des Schielens auf den wendigen Wechselwähler vernachlässigt und in ein reaktionäres Abseits verwiesen zu werden.<sup>32</sup> Angesichts der Skandalisierung vieler Vorgänge durch die Medien ist es die Aufgabe der Politik, entschlossen aufklärend zu wirken, Verbalisierungsbarrieren zu überwinden, wichtige Sachverhalte, die aus Absicht oder Nachlässigkeit verzeichnet werden, auf ihren Kern zurückzuführen und allgemeinverständlich zu erläutern, populistische Sprüche zu entlarven, zu zeigen, warum rasche, alle Beteiligten sofort zufrieden stellende Patentlösungen für die meisten Probleme nicht auf der Straße liegen. Für Strategien zur Wiedergewinnung klarer Mehrheiten stellt die Geschichte der Bundesrepublik genügend Fallbeispiele bereit. Adenauer vermochte auf der medialen Klaviatur glänzend zu spielen, auch wenn die von ihm praktizierten Methoden heute kaum mehr gangbar sind.<sup>33</sup>

---

32 Elisabeth Noelle-Neumann und Gerhard Schmidtchen entdeckten 1963 den „unentschiedenen Wähler“ als „besonders politisch“. Anja KRÜKE, *Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 149), Düsseldorf 2007, S. 463.

33 Hanns Jürgen KÜSTERS (Bearb.), *Adenauer. Teegespräche* (Rhöndorfer Ausgabe), Bd. 1: 1950–1954, Berlin 1984; Bd. 2: 1955–1958, Berlin 1986; Bd. 3: 1959–1961, Berlin 1988; Hans Peter MENSING (Bearb.), *Adenauer. Teegespräche*, Bd. 4: 1961–1963, Berlin 1992.

Natürlich ist zu sehen, dass gerade eine Mehrheitspartei sich bemühen muss, nicht den Anschluss an neue Entwicklungen zu verlieren. Sie ist darauf angewiesen, ein integratives *Aggiornamento* an die Strömungen der Gegenwart vorzunehmen. Für diejenigen, die sich mit der Geschichte der Union befassen, könnte dies heißen, die übergreifenden Zeitströmungen und Probleme noch mehr als bisher in die spezifischen Forschungsperspektiven mit einzubeziehen. Die Forschungsdesiderate wären dann nicht allein parteiengeschichtlich zu definieren und zudem weiterhin interdisziplinär anzugehen. Denn die politische Großgruppe, deren historisches Gedächtnis erhalten werden soll, hängt mit ihrer Weiterexistenz von der inneren und äußeren Entwicklung ab, von der Staat und Gesellschaft bestimmt werden. Wäre man dieses Programm vor 20 bis 30 Jahren vor dem Hintergrund des damals noch verbreiteten Fortschrittsparadigmas noch optimistisch angegangen, so befindet sich die Bundesrepublik Deutschland heute in einem Zustand, der vieles Bewährte und Gewohnte über Nacht grundlegend in Frage stellt. Natürlich sieht sich die große Koalition schon zum Nachweis ihres Existenzrechts zu häufigem und raschem Handeln gezwungen; aber das bringt nicht die Frage zum Verstummen, wie es um die Grundlagen dieses Handelns bestellt ist und wie lange der innerparteiliche Basiskonsens angesichts des Aktionismus extravertierter Kompromissfindungen noch Bestand haben kann.

Welche Botschaften lassen sich aus der eigenen Geschichte unter Berücksichtigung der allgemeinen Interessen ableiten? Die gut eingeführten Kolloquien zu Gedenktagen, historischen Jubiläen oder „Ären“ im Umkreis der Zeitschrift „Historisch-Politische Mitteilungen“ haben zu achtbaren Ergebnissen geführt und können gute Ausgangspunkte sein.<sup>34</sup> Es mögen abschließend einige Forschungsfelder angedeutet werden, die problemorientiert konzipiert sein sollten, ohne die historischen Ereigniskomplexe und Details zu vernachlässigen.

Dass der Sozialstaat von der Wirtschaft abhängt, ist eine Binsenweisheit. Es gelang der frühen Bundesrepublik, diese Reziprozität in einer so fruchtbaren Weise herzustellen, dass erneut nach den positiven Bedingungsfaktoren und den Gründen für den Niedergang dieses erfolgreichen Wirtschafts- und Sozialmodells gefragt werden müsste: nach den psychologischen Voraussetzungen, nach den Allokationen von Produktionsstätten und Kraftwerken, die neuerdings auf breiter Front von dem Populismus bunt zusammengewürfelter Verhinderungscoalitionen abgeschmettert werden, nach der Schaffung und Instandhaltung von Verkehrsinfrastrukturen, nach Technikbegeisterung oder Technikverteufelung, nach der Erhaltung oder der Auslagerung von Produktions- und Wirtschaftsstandorten. Statt der immerzu behaupteten Priorität des

---

<sup>34</sup> Vgl. *Die Ära Kohl im Gespräch* (für die Jahre 1991 bis 1998), in: HPM 14 (2007), S. 231–312.



Umweltschutzes das mediale Feld zu überlassen, müssten wieder die Notwendigkeiten der Existenz- und Versorgungssicherung oder der Vermögensbildung ins Bewusstsein gerückt werden. Glaubt man Zeitungsmeldungen, so lebt die Mehrzahl der Einwohner der neuen Bundeshauptstadt Berlin von Transfereinkommen. Hier wäre manchem grünen Politiker der Besuch der Berliner Stadtbibliothek zu empfehlen, wo leicht zugängliche Adressbücher des 19. und 20. Jahrhunderts den damals überbordenden Gewerbereichtum der preußischen Hauptstadt bezeugen. Die Besinnung auf die Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft bleibt geboten. Deren Väter griffen zwar zu gewissen Normierungen, aber auf ihrem Programm stand alles andere als die Ausdehnung der Staatswirtschaft oder die wie ein höheres Fatum hingegenommene Staatsverschuldung beim Bund, bei den Ländern und den Kommunen. Mittlerweile braucht man auch keine Auskunft von Bevölkerungswissenschaftlern mehr, um zu errahnen, welche Auswirkungen der Geburtenrückgang auf die wirtschaftliche und sozialstaatliche Stabilität haben wird.

Darf der große Traditionskomplex christlicher Kultur dem neuen Gebot gänzlicher weltanschaulicher Neutralität in der Öffentlichkeit geopfert werden? Wichtige Beispiele aus der Geschichte zeigen, wie rasch die Existenz des Christentums bedroht und ausgelöscht werden oder einfach nur verschwinden kann (wie im 7. Jahrhundert in Nordafrika geschehen)<sup>35</sup>. Auch der moderne säkularisierte Staat zehrt immer noch von den Grundlagen der christlichen Religion: Man denke nur an die verbreiteten Zeugnisse christlicher Kultur in Gebräuchen, in Kunst und Architektur, die immer wieder Besucher aus aller Welt angezogen haben; an die Nächstenliebe und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums als Grundlagen des Sozial- und Wohlfahrtsstaates, an die Personwürde als die Basis für das Bürgerrecht und für den das Gewissen des einzelnen achtenden Rechtsstaat; an den Pluralismus und die Gewaltenteilung im inneren und äußeren Staats- und Verfassungsleben. Es gibt gute Argumente für die These, dass die für das europäische politische Denken charakteristische Gewaltenteilung ihre Wurzel in der Trennung und zugleich Zuordnung von Kirche und Staat hat, einer so nur im abendländischen Europa antreffbaren Eigentümlichkeit der gemeinsamen Entwicklung von Staat und Religion. Die Sorge für das irdische Wohl und das überirdische Heil wurde zwei verschiedenen Institutionen anvertraut, die aber zum Besten des gemeinsamen Objekts ihrer Zuwendung, des Menschen, kooperativ statt in feindseliger Grenzüberschreitung miteinander umgingen. Die christliche Orientierung bildete dann einen starken Damm gegen die Vereinnahmung durch Ersatzreligionen wie die NS-„Volksgemeinschaft“ oder den Sozialismus der angeblich klassenlosen Gesell-

---

35 Vgl. Gregor WURST, *Wo liegt das Heilige Land? Historische Bemerkungen zur Lage der orientalischen Christenheit*, in: zur debatte. Themen der Katholischen Akademie in Bayern 30 (2009), S. 32f.

schaft. Wird sie im interkulturellen Dialog mit der islamischen Immigration bestehen können? Dieses Problemfeld birgt auch eine innerparteiliche Relevanz. Die Orientierung an den Normen und Werten des christlichen Selbstverständnisses hat das Verantwortungsgefühl gestärkt, interne Klassenschranken überwunden, hat eine Sachdifferenzen ausbalancierende und Spaltungen verhindernde weltanschauliche Konsensbasis geschaffen. Darum lohnte sich die Neuentdeckung gemeinsamer Grundlagen, fielen sie doch zusammen mit dem Ruf nach Orientierung und Ethik, der inmitten der polyphonen Artikulationen der Gesellschaft immer deutlicher vernehmbar wird. Freilich entsteht dann auch die Gefahr der Oktroierung neuer Ideale, etwa solcher Vorstellungen der Gleichheit und Gerechtigkeit, die den Einsatz von unbequemem Sachverstand oder die Akzeptanz unterschiedlicher Qualifikationen und Leistungen in Familie und Beruf perhorreszieren. Und hier könnte auch kritisches Potential freigesetzt werden, das fehlende oder falsche Bilder von Gesellschaft hinterfragt. Dabei haben die christlichen Parteien den Vorzug, nicht ein eigenes Glaubensbekenntnis basteln zu müssen, sondern gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf die Sinnagenturen der Religionsgemeinschaften verweisen zu können.

Schließlich verdient im zusammenwachsenden Europa und im Zeitalter der Globalisierung die internationale Zusammenarbeit christlich-demokratischer Parteien permanente Beachtung. Die Geschichte der Unionsparteien hat in belgischen, schweizerischen, österreichischen, französischen und amerikanischen Publikationen oft aufmerksames und wohlwollendes Interesse gefunden; so sind verschiedene Sammelwerke und Fallstudien über die christlich-demokratischen Parteien der europäischen Staaten erschienen.<sup>36</sup> Dieser Parteienvergleich gab Gelegenheit, die noch weithin vorherrschende These vom negativen Sonderweg der deutschen Geschichte aufzugreifen und zu relativieren. Man könnte aus diesem Vergleich heraus sogar von einem eher positiven Sonderweg der deutschen Geschichte sprechen. Denn Deutschland hat, wohl nicht zuletzt wegen seiner Bikonfessionalität, den christlichen Kirchen günstige staatsrechtliche Regelungen der Religionsfreiheit hervorgebracht: was geschieht, wenn

---

36 Günter BUCHSTAB/Rudolf UERTZ (Hg.), *Christliche Demokratie im zusammenwachsenden Europa. Entwicklungen – Programmatik – Perspektiven*, Freiburg 2004; Thomas KSELMAN/Joseph A. BUTTIGIEG (Hg.), *European Christian Democracy. Historical Legacies and Comparative Perspectives*, Notre Dame, Indiana 2003; Michael GEHLER/Wolfram KAISER/Helmut WOHNOUT (Hg.), *Christdemokratie in Europa im 20. Jahrhundert*, Köln 2001; Paul COLONGE/Rudolf LILL (Hg.), *Histoire religieuse de l'Allemagne* (Histoire religieuse de l'Europe contemporaine, 4), Paris 2000; Emiel LAMBERTS (Hg.), *Christian Democracy in the European Union 1945/1995. Proceedings of the Leuven Colloquium, 15.–18. November 1995* (Kadoc-Studies 21), Löwen 1997; Ennio DI NOLFO (Hg.), *Power in Europe?*, Bd. 2: *Great Britain, France, Germany and Italy and the Origins of the EEC, 1952–1957*, Berlin/New York 1992; Hugues PORTELLI/Thomas JANSEN (Hg.), *La Démocratie chrétienne, force internationale* (Collection „Recherches de Politiques Comparées“ Nr. 2), Nanterre 1986.

sie auf den Prüfstand der Antidiskriminierungs- und Egalisierungsbestrebungen der Europäischen Union gelangen? Jedenfalls bleibt es weiterhin ein Dienst am europäischen Geschichtsbewusstsein zu zeigen, wie sehr gerade die Zusammenschlüsse christlicher Parteien, so der *Nouvelles Equipes Internationales* mit ihrem namhaften deutschen Kontingent, der Einigung Westeuropas in einer Zeit vorgearbeitet haben, die auch in die ganz andere Richtung dauerhafter Krisen und Unsicherheiten hätte führen können.<sup>37</sup> Was die Bundesrepublik betrifft, die nach innen und außen eine ungleich bessere Ausgangsposition hatte als die Weimarer Republik und eine gesicherte internationale Stellung erringen konnte, so ist ihr außenpolitischer Weg durch viele methodisch anspruchsvolle einschlägige Quellenwerke, die auch die parlamentarischen Hintergründe und Anstöße ans Licht heben, bestens dokumentiert.<sup>38</sup>

Dieses wichtige Arbeitsgebiet der Zukunft bringt uns auf den Ort des historischen Gedächtnisses zurück, das der Jubilar mit großer Sachkenntnis und unermüdlicher Initiative jahrzehntelang auf höchst verdienstvolle Weise verwaltet, betreut, gemehrt und ausgewertet hat. Denn die schönsten Fragestellungen der Gegenwart können eine historische Beantwortung nicht finden, wenn die stillen Zeugen der historischen Prozesse, die Geschichtsquellen in ihrer Vielfalt und Differenziertheit, verrottet oder verloren sind. Der Versuch, die internationalen Beziehungen und die Verbreitung der christlichen Demokratie erneut aufzuarbeiten, könnte sich auf wertvolle Bestände des Archivs für Christlich-Demokratische Politik stützen. Die Parteienfamilie reichte nach dem Ersten Weltkrieg von den an das Mittelmeer, den Atlantik, die Nordsee grenzenden Ländern bis zu den Ufern der Nawa. Die bisherige uneigennützigte Förderung keineswegs nur parteinaher und vor allem junger Historiker, die sich das ACDP stets hat angelegen sein lassen, wird, so lässt sich hoffen, auf diesen und anderen Feldern ihre Fortsetzung finden.

37 Vgl. jetzt Stefan DELUREANU, *Les Nouvelles Equipes Internationales. Per una rifondazione dell'Europa (1947–1965)*, Domagnano, San Marino 2006; Jean-Dominique DURAND (Hg.), *Le Nouvelles Equipes internationales. Un movimento cristiano per una nuova Europa*, Soveria Mannelli 2007.

38 Siehe oben Anm. 28, 30, 31; *Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Sitzungsprotokolle 1953–1957*, Halbbd. 1–2, bearb. von Helge HEIDEMEYER, Düsseldorf 2003, *1957–1961*, Halbbd. 1–2, bearb. von Reinhard SCHIFFERS, Düsseldorf 2004, *1961–1966*, Teilbd. 1–4, bearb. von Corinna FRANZ, Düsseldorf 2004, *1966–1969*, Halbbd. 1–2 (mit CD-ROM), bearb. von Stefan MARX (im Druck); *Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages. Sitzungsprotokolle 1949–1953*, Halbbd. 1–2, bearb. von Wolfgang HÖLSCHER, Düsseldorf 1998, *1953–1957*, Halbbd. 1–2, bearb. von Wolfgang HÖLSCHER, Düsseldorf 2002, *1957–1961*, Halbbd. 1–2, bearb. von Joachim WINTZER/Josef BOYER, Düsseldorf 2003, *1961–1965*, Halbbd. 1–2, bearb. von Wolfgang HÖLSCHER, Düsseldorf 2004, *1965–1969*, Halbbd. 1–2, bearb. von Joachim WINTZER, Düsseldorf 2006, *1969–1972*, bearb. von Joachim WINTZER/Wolfgang HÖLSCHER, Düsseldorf 2007 (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Vierte Reihe 11/I–V, 13/I–VI).